

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kerschmer Dresden.
Verleger-Gesellschaft 25 241
Für die Redigiererei: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich einmaliger Lieferung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.
Die einseitige 37 mm breite Zeile 1,- M. (bei Familienangehörigen, Anzeigen unter 2000 u. Wohnungsanzeigen, 10 tägliche Anzeigen 25 %). Bezugsgebühren laut Karte. Unverändliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 75 Pf.
Nachdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverändliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Anzeigenschaltstelle
Marienstraße 33/40.
Druck u. Verlag von „Opitz & Reichardt in Dresden.“
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Voderung der Fesseln für den Luftfahrzeugbau.

Zaubeginn für Zivilluftfahrzeuge am 3. Mai.

Berlin, 10. Febr. Das Londoner Ultimatum vom 5. Mai forderte u. a. von Deutschland, daß die Fabrikation und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterialien erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden dürfen, an dem die internationalisierte Luftfahrtkontrollkommission erklärt haben würde, daß Art. 202 des Vertrages von Versailles, der Deutschland die Auslieferung aller militärischen Luftfahrzeuge zur Pflicht macht, vollständig ausgeführt sei. Nach der Annahme dieses Ultimatus ist zur Erfüllung dieser Forderungen das Gesetz über die Beschränkungen von Luftfahrzeugbauten vom 20. Juni erlassen, wodurch die gesamte deutsche zivile Luftfahrtindustrie drach gelegt wurde. Die deutschen Behörden, in enger Zusammenarbeit mit den an dem Luftfahrzeugbau und dem Luftverkehr interessierten Kreisen, haben sich seitdem mit allen Kräften bemüht, der Verpflichtung aus Art. 202 zu genügen.

Nach neuemontagiger Arbeit ist dies jetzt gelungen. Die Postfachkonferenz beschloß am 1. Februar, den Beginn der Bauphase von drei Monaten vom 3. Februar in Kraft zu setzen, so daß am 3. Mai die Produktion und Einfuhr von Luftfahrzeugmaterial wieder aufgenommen werden können.

Nach Ablauf dieser drei Monate wird auch die unter Leitung des Generals Pfisterman stehende Kommission als erste der drei vertraglich eingesetzten militärischen Kontrollkommissionen in ihre Tätigkeit in Deutschland einsteigen. Die völlige Befreiung des Luftfahrzeugbaues von den Fesseln des Vertrages von Versailles und der ihn ergänzenden Abkommen bedeutet allerdings auch dieser Beschluß der Postfachkonferenz nicht. Es bleibt die Deutschland ebenfalls durch das Londoner Ultimatum auferlegene Verpflichtung übrig, diejenigen Begriffsbestimmungen anzuerkennen, die von den internationalisierten Mächten aufgestellt worden, um die Zivilluftfahrt von der militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Von diesen der deutschen Regierung bisher noch nicht mitgeteilten Begriffsbestimmungen, deren Einhaltung durch ein besonderes noch zu schaffendes Organ sich die alliierten Regierungen vorbehalten haben, wird es abhängen, ob die deutsche Luftfahrtindustrie die solange abgemessene Kraft zum Nutzen des Landes neu entfalten kann. (W. T. P.)

Ein deutsch-russisches Geheimabkommen?

(Clarner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin, 10. Febr. Wie wir von unrichtiger Seite zu verlässig hören, ist zwischen Dr. Wirth als Vertreter der deutschen Regierung und dem Sowjetdelegierten Kerenski, der in Berlin weilte, ein Geheimabkommen getroffen worden, das sich auf wirtschaftliche Fragen bezieht.

Groeners Dank an die Technische Nothilfe.

Berlin, 10. Febr. Der Reichsverkehrsminister hat an die Hauptstelle der Technischen Nothilfe folgendes Dankschreiben gerichtet:
Bei dem nunmehr beendeten Streik eines Teiles der Eisenbahnbeamten hat sich die Technische Nothilfe mit ihren weitverbreiteten Organisationen überall tatkräftig und hilfreich zur Verfügung der Reichsbahnen gestellt. Ihrem Eingreifen ist es wesentlich zu verdanken, daß der Bahnbetrieb nicht vollständig zum Erliegen gekommen ist. Das uneigennützig und tatkräftig Verhalten der Technischen Nothilfe hat den Willen der dienstbereiten Beamten zum Ausbahren kräftig unterstützt. Trotz ungünstiger äußerer Verhältnisse, trotz Schnee und Eis haben die Nothelfer überall die ihnen ungewohnte Arbeit aufgenommen. Bei der Natur des Eisenbahnbetriebs war es unmöglich, die Helfer schon vor Beginn des Streiks durch praktische Bestätigung am regelrechten Betrieb in ihren Obliegenheiten zu unterweisen. Trotzdem haben sie es verstanden, binnen kurzer Zeit die schwierigen Verhältnisse soweit zu meistern, daß im Verein mit pflichtgetreuen Beamten ein umfangreicher Bahnbetrieb in allen Teilen des Reiches eingerichtet werden konnte. So haben sich namentlich hunderte von Männern aus den mahlinentechnischen Berufen verantwortungsbewußt als Lokomotivführer zur Verfügung gestellt. Nur so ist es möglich geworden, der notleidenden Bevölkerung wenigstens den dringenden Lebensbedarf zu sichern und unter stark erschütterter Wirtschaftslage vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Leider hat die Einigung der Nothilfe Opfer gefordert. Die Männer, die den Gefahren des Eisenbahnerberufes erliegen sind, haben den Gedanken mit dem Tode besetzt, daß über allen Sonderinteressen ein Gemeinwohl steht, dem wir alle zu dienen verpflichtet sind. Allen Beteiligten gebührt aufrichtiger Dank und die warmste Anerkennung nicht nur der Eisenbahnverwaltung, sondern des gesamten deutschen Volkes und ich darf Sie bitten, diesen Dank allen Ihren Mit Helfern übermitteln zu wollen. (Wz. Groener. (Wz.))

Geheimlaugung der Genfer Konferenz.

Genf, 10. Febr. Der offizielle Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen, der auf den 10. Febr. angesetzt war, ist auf Montag, den 13. Februar, 10½ Uhr vormittags, verschoben worden, da infolge des Eisenbahnstreiks die deutsche Abordnung erst morgen eintrifft wird. Die polnische Abordnung ist heute hier angekommen. Morgen werden die beiden Bevollmächtigten vorbereitende Besprechungen mit dem Präsidenten Calonder haben. Als persönlicher Sekretär des Präsidenten wird wieder Dr. Neumann den Verhandlungen beiwohnen. Auch die übrigen Mitarbeiter des Präsidenten sollen dem Kreise der Herren einmünden werden, die Calonder nach Oberschlesien begleitet haben. Dazu dürften für bestimmte zur Verhandlung stehende Fragen Beamte der einschlägigen Abteilungen des Völkerbunds-Sekretariats, so der Abteilung für Minderheitsfragen, kommen. Die öffentlichen Sitzungen sind nicht geplant. Präsident Calonder legt im übrigen großen Wert darauf, Indiskretionen in der Presse zu vermeiden, die den Gang der Verhandlungen wären könnten. (W. T. P.)

Die Verhandlungen des Hochverrätters Dorian mit Poincaré.

(Clarner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Paris, 10. Febr. „Continental News“ erzählt über den Besuch Dr. Dorian bei Poincaré, daß dieser auf Wunsch Poincarés durch die französischen Militärstellen in Mainz vorbereitet war. Poincaré hatte sich vor einigen Tagen über die separatistische Bewegung im Rheinlande eingehend berichtet lassen. Aus dem Berichtsmaterial, das im französischen Außenministerium über die Frage vorhanden war, hatte Poincaré den Eindruck gewonnen, daß die Propaganda im Rheinlande nicht immer mit den französischen Interessen vereinbar gewesen ist, was aber wohl auf die Schwierigkeiten zurückzuführen war, daß bisher keine Zentralinstanz vorhanden war, die sich mit der Leitung dieser Propaganda befaßt. Dr. Dorian gab nähere Erklärungen ab, wie er sich die Fortsetzung der Propaganda denke, äußerte jedoch auch Klagen darüber, daß seine Aufgabe nur deshalb seine oder geringe Erfolge habe, weil jeder französische Stabskommandant im Rheinlande seine eigene Politik führe, wodurch er, Dorian, wiederholt mit diesen Militärstellen in Konflikt geraten sei. Poincaré war der Ansicht, daß zwischen den rheinischen, elbischen und französischen Katholiken ein enger Band der Verständigung bestehe, das zu einer dauernden Freundschaft führen müsse. Das sei der künftige Grundgedanke für die seitens Frankreichs zu befolgende Richtung. Die Bewegung soll einheitlichere Formen annehmen und den nationalen-französischen Gedanken. Der ihr zeitweise anhaftet, entkleidet werden. Der Schwerpunkt wird auf kulturelle Beziehungen gelegt werden müssen, die für eine selbständige rheinische Republik mit den Westmächten erforderlich ist.

Nach der Audienz bei Poincaré hatte Dr. Dorian noch mehrere Besprechungen mit leitenden Beamten des Außenministeriums und verschiedenen Abgeordneten. Er äußerte unerschrocken sich über die finanzielle Seite der Propaganda, die in Zukunft nicht mehr durch die Militärstellen in Mainz und Bonn, sondern von Paris aus ihre Regelung finden soll. Dr. Dorian war nach seinen Beziehungen französischer Abgeordneter gegenüber von dem Empfang bei Poincaré sehr befreut. Wahrscheinlich wird Dorian als Folge seines neuen Programms in Zukunft seinen dauernden Wohnsitz in Bonn oder Trier nehmen müssen.

Neue Verhandlungen über das Steuerkompromiß.

„Eine Spannung der Situation.“

Berlin, 10. Febr. Am Reichstage haben heute um 10 Uhr vormittags die neuen interfraktionellen Verhandlungen über das Steuerkompromiß begonnen. Die Teilnehmer waren an ihnen die Führer des Reichstags, der Sozialdemokratie, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Während des größten Teiles der Sitzung war der Reichskanzler anwesend, der auch das Wort ergriß. Die Besprechungen dauerten bis um 1 Uhr mittags. Ueber ihren Inhalt und Verlauf wurde unter den Teilnehmern freundschaftliche Verständigung. Parlamentarische Anstände teilten mit, daß die Verhandlungen meistens in einer Spannung der Situation beizutreten haben. Unmittelbar nach der interfraktionellen Besprechung trat die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Fraktionsbesprechung zusammen.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg.“ mitteilt, wird unabhängig hiervon die Frage der Apollon-erweiterung nach wie vor im Reichstage lebhaft erörtert. Es müßte aber betont werden, daß diese Frage augenblicklich nicht besonders aktuell erscheint. Sie hebe allerdings mit der Frage der endgültigen Beilegung des Reichsjahresministeriums in enger Verbindung. Es scheint, daß für den Völkern des Reichstagspräsidenten nunmehr Dr. Dornes endgültig in Frage komme. Für viele Kreise der Volkspartei würde diese Kandidatur nicht als ungeeignet erscheinen, da Dr. Dornes vielleicht die geeignete Persönlichkeit sei, um die von der Volkspartei verlangte Sicherstellung der persönlichen und sachlichen Garantien zu gewährleisten.

Ausbreitungen der ausländischen Berliner Straßenbahner.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 10. Febr. Während alle übrigen Berliner städtischen Betriebe besetzt sind, den an sie gestellten Anforderungen zu entsprechen, wird der Dienst der Berliner Straßenbahn noch immer durch radikale Elemente gestört. So kam es heute an verschiedenen Punkten der Stadt zu Ausschreitungen ausländischer Straßenbahner. Demonstrationen wurden gebildet, Straßenbahnwagen angehalten, Schaffner und Fahrer gezwungen, die Arbeit niederzulegen und Fahrgäste zum Aussteigen gezwungen. In den Nachmittagsstunden kamen einige hundert streikende Straßenbahner zum Rathaus und nahmen dort Aufstellung. Nachdem einige Mißdeutungen gesprochen hatten, schickten sie eine Deputation zum Magistrat. Der Magistrat, der gerade in der Sitzung der Stadtverordneten war, lehnte es aber ab, die Deputation zu empfangen. Da ein hartes Aufgebot von Schutzpolizei das Rathaus umgab, zogen die streikenden Straßenbahner es vor, sich vom Rathaus wieder zu entfernen.

Annahme des Schiedsspruches durch die Stadtverordneten.

Berlin, 10. Febr. In der heutigen Stadtverordneten-Versammlung wurde nach längerer Aussprache der Magistratsvorrichtung, wonach der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen wird, mit einem Zusatz der Deutschnationalen angenommen. (W. T. P.)

Der Genfer Schluphaft des ober-schlesischen Dramas.

Ueber Oberschlesien und die Schlupfverhandlungen, die sofort ihren Anfang nehmen sollen, wenn die deutsche Delegation in Genf eintrifft, ist es stiller geworden, als es die deutschen Interessen eigentlich erlauben. Das mag man verstehen können, weil die Fälle der anderen politischen Ereignisse das deutsche Volk in Atem gehalten hat. Das mag zum Teil auch in der unverzeihlichen Geheimnisträumerei der Regierungskommission über die einzelnen, bereits getroffenen Abmachungen begründet sein, die, wie die Beibehaltung der deutschen Währung in Polnisch-Oberschlesien mit der Gefahr der Devisen eines Polatalochs im Osten, durch das die deutsche Mark zum Schaden des ganzen Volkes vielleicht ungehemmt nach Polen abfließen kann, Lebensinteressen des Volkes betreffen, von deren Inhalt wir aber so gut wie gar keine Kenntnis haben. Das mag endlich mit dem weit verbreiteten Irrtum zusammenhängen, daß die Verhandlungen für uns nur untergeordnete Bedeutung haben, da das Schicksal Oberschlesiens längst entschieden sei. Gewiß, an der Tatsache, daß Industrie-Oberschlesien trotz des Abstimmungsstieges entrisen wird, ist nichts mehr zu ändern, aber ein ist in Genf noch zu retten und muß unter allen Umständen gerettet werden: die große deutsche Minderheit und, da sie die Trägerin des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist, die deutsche Kultur. Mit ihr steht und fällt die Möglichkeit einer Wiedervereinigung des entrisenen Gebietes mit dem Mutterlande, an die zu glauben das deutsche Volk weder aufhören kann noch wird.

Die Frage des Minderheitenschutzes wird der Hauptinhalt des Genfer Schlupfhafts der deutsch-polnischen Verhandlungen sein. Hierbei ist Deutschland Polen gegenüber von vornherein in eine schwierige Lage gedrängt worden. Deutschland hat lediglich Gebiete zugesprochen worden, in dem das Deutschium seiner besonderen Stärkung mehr bedarf. Der deutsche Charakter des Landes ist nicht zu verkennen, und so liegt für Deutschland um so weniger Grund zu einer Ausbreitungspolitik vor, als die polnische Bevölkerung für das allgemeine wirtschaftliche und kulturelle Leben nur von untergeordneter Bedeutung ist. Anders in dem geraubten Teil Oberschlesiens. 40,3 Prozent der Einwohner dieses Gebietes haben für Deutschland gestimmt, und zur deutschen Bevölkerung gehören die wirtschaftlich maßgebenden Kreise des Landes, die Industriellen, die Ingenieure, Beamten und die intelligente Arbeiterklasse, die dem Gebiet den unverkennbaren Stempel eines deutschen Kulturlandes aufgedrückt haben. Hierin wird Polen den Antrieb zu einer Polonisierungsarbeit großen Stellen erblicken, einer Arbeit, die es längst bereits mit den verfügbaren Mitteln begonnen hat. Mag man davon absehen, daß heute bereits in dem noch gar nicht abgetretenen Gebiet in allen Dörfern die deutschen Inschriften, alle Wegweiser und sonstigen Beschilderungen überpinselt und mit polnischen Namen versehen sind. Das sind Unheuerlichkeiten. Schlimmer ist, daß man schon jetzt gefühllos die Grundbesitze bekannt gibt, nach denen später verwaltet werden soll, daß man nur „Lonele“, also polnische Beamte anstellen will, daß man den deutschgelesenen Lehrern und Beamten mit Maßregelungen droht und sie dadurch aus dem Lande treibt, daß man heute bereits einen maßlosen Kulturkampf gegen alles Deutsche entfacht hat. Trotzdem setzen sich die Polen, wie es stets ihre Art ist, mit lebenswüthiger Verbündlichkeit an den Verhandlungstisch, lassen sich von den deutschen Vertretern ihren ehrlichen Verhandlungswillen bestätigen, und schließen Verträge ab, die sie nie halten. So war es bei der Uebernahme Polens und Westpreußens, so war es bei dem vielzitierten Minderheitenschutzvertrag vom 23. Juni vorigen Jahres, den sie auf Anordnung der Ententeemächte abschlossen, und so würde es auch diesmal wieder werden, wenn es der deutschen Delegation nicht gelangt, wirksamere Garantien durchzusetzen als damals.

Das Genfer Diktat steht ein Ausdehnung dieses Minoritätsvertrages auf das neuerdings an Polen fallende Gebiet vor, womit wir uns im Grunde genommen einverstanden erklären könnten. Denn er verbietet allen Bewohnern den vollen Schutz ihres Lebens und ihrer Freiheit ohne Unterschied der Nationalität, Sprache oder Religion, sichert allen Bewohnern den Genuß der gleichen bürgerlichen und politischen Rechte, insbesondere bei der Zulassung zu öffentlichen Ämtern und bei der Ausübung ihres Berufs oder Gewerbes zu und verbietet die Behinderung im freien Gebrauch einer Sprache bei irgendwelchen Gelegenheiten. Trotzdem ist bei einer Uebertragung dieser Bestimmungen ohne klare Garantien der Untergang des Deutschiums im industriellen Oberschlesien besetzt. Seine Anwendung in Polen und Westpreußen zeigt, daß diese Bestimmungen nichts sind als leere Worte, als ein beibehender Hohn für alles, was deutsch ist. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, daß heute das deutsche Element der Stadt Posen trotz der Schutzparagrafen von 43 auf 7 Prozent der Einwohnerzahl zusammengefallen ist, man braucht nur zu denken an die ständelose Veräußerung der deutschen Domänenpächter, an die Enteignung und Ausweisung von 3500 deutschen Anliegern, denen weitere 3000 folgen sollen, an die Entrechtung der Deutschen bei den Stadtverordnetenwahlen in Westpreußen, wo man alle diejenigen vom passiven Wahlrecht ausschloß, die nicht polnisch sprachen, an die Massenentlassungen der deutschen Beamten aus dem Staats- und Kommunaldienst, an die Beschlagnahme des evangelischen Kirchen-Vermögens, an die pogromartige Deutscherverfolgungen und an den